

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

10.3.1931 (No. 58)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 955
und 954
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatseigentum:
Chefredakteur
E. M. S. S. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Abrechnung und Kontostellenveränderung fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausfall, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infertent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Begnädigung

Das Staatsministerium hat den Landwirt Ernst Schiele aus Kirchbach, der vom Schwurgericht Konstanz am 6. Oktober 1930 wegen Mordes zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt.

Annahme des Osthilfegesetzes im Reichsrat

2 Milliarden für den Osten

In der Montagtagung des Reichsrats wurde das Osthilfegesetz der Reichsregierung angenommen.

Insgesamt stehen für die Osthilfe einschließlich eines Restes von 40 Millionen 1,97 Milliarden zur Verfügung. Hierzu kommen noch Bürgschaften des Reichs und nichtbezahlbare weitere Entlastungen für die Landwirtschaft. In die allgemeinen Maßnahmen der Osthilfe werden nach dem Gesetz einbezogen die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien, ferner die an den Korridor angrenzenden Kreise der Provinz Pommern, Brandenburg und Niederschlesien, einige an der tschechischen Grenze liegenden Kreise Niederschlesiens, sowie die Stadt Breslau.

Die von verschiedenen Seiten verlangte Einbeziehung weiterer Gebiete mußte von der Reichsregierung aus finanziellen Gründen abgelehnt werden. Die Reichsregierung hat aber in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß auch noch andere Gebiete, zum Beispiel das bayerische östliche Grenzgebiet, als kulturell bedrängte Grenzregionen anzusehen sind, und daß auch ihnen nach Möglichkeit Osthilfeleistung zuteil werden muß.

In der der Abstimmung vorausgegangenen Aussprache über das Osthilfegesetz erklärte der Vertreter der Rheinprovinz, daß die Westgebiete froh sein würden, wenn das Reich ihnen ein ähnliches Hilfswerk zugute kommen ließe wie das Osthilfegesetz. Er stimmte aber der Vorlage zu, nachdem ein Regierungsabgeordneter die frühere Erklärung der Reichsregierung über Sicherung der 10 Millionen für das Rheinland beim Kriegslastenetat bestätigt hatte.

Aus der Aussprache ist noch bemerkenswert, daß Frhr. von Gahl, der Vertreter der Provinz Ostpreußen, meinte, das Gesetz biete nicht die Möglichkeit, die in Ostpreußen bestehende große Not zu beheben. Er könne die Verantwortung für dieses Gesetz vor seiner Heimatprovinz nicht tragen. Da er aber auch nicht gegen ein Gesetz stimmen wolle, das wenigstens einige Hilfe bringe, werde er sich der Stimme enthalten. Ähnlich sprach für die Provinz Brandenburg Frhr. von Danneberg.

Gesandter Nebelthau (Bremen) beantragte hierauf, mit Rücksicht auf die Erklärungen von Ostpreußen und Brandenburg, die Abstimmung zu vertagen. Diese ablehnenden Erklärungen stellen alle Länder vor die Frage, ob dieses Gesetz, das die Allgemeinheit sehr schwer belastet, angenommen werden könne, wenn die zunächst beteiligten Provinzen es ablehnten.

Der preussische Staatssekretär Dr. Weismann, entgegnete, er habe volles Verständnis für die Gefühle des Vertreters von Bremen, die von den Vertretern vieler Länder geteilt würden. Eigentlich sei das ganze Deutsche Reich doch heute in Not. Trotz der verständlichen Erregung wegen der Erklärungen der Vertreter von Ostpreußen und Brandenburg bitte er den Vertreter Bremens doch, seinen Antrag zurückzugeben, weil sonst die Gefahr bestehe, daß vielleicht der Reichstag gar nicht mehr in die Lage komme, vor der Osterpause die Osthilfe zu verabschieden. Reichsminister Treviranus schloß sich dieser Bitte an.

Der Gesandte Bremens zog daraufhin seinen Vertagungsantrag zurück.

Der Vertreter Ostpreußens, Frhr. von Gahl, erklärte noch, seine Stellungnahme bedeute keine Kritik an der Reichsregierung oder an anderen Stellen, deren guten Willen er voll auf anerkenne, sondern nur eine Demonstration der ungeheuren Not in Ostpreußen.

Davieser Stimmen zur Götter-Rede

Belehnungen der Reichsregierung

W.D. Paris, 10. März. (Tel.) Das nationalistische „Echo de Paris“ beschäftigt sich mit den gestrigen Ausführungen des Reichswehrministers und schreibt, General Götter habe sich zwar des Wortes „Lüge“ nicht bedient, aber er habe mit größtem Nachdruck die künftigen Behauptungen Maginots in der französischen Kammer als unwahr bezeichnet.

Während der rechtsstehende „Figaro“ die Äußerungen Götters, daß die Versäufelung des alleinigen Kriegsschuld Deutschlands durch die Geschichtsforschung längst widerlegt sei, als unwahre Behauptung bezeichnet, erklärt die gleichfalls rechtsstehende „L'Echo“, nachdem auch Gröner auf das Urteil einer internationalen Konferenz zur Entscheidung der Kriegsschuldfrage eingewirkt habe, müsse man wohl irgendwelche politische Demarche in diesem Sinne erwarten. Deutschland werde diesmal den Stier bei den Hörnern. Deutschland wolle sich von der Schuld reinwaschen, nicht um der Rehabilitierung selbst willen, sondern, weil alle Klauseln des Versailler Vertrages zusammenbrechen würden, sobald die Schuld Deutschlands als nicht vorhanden anerkannt oder auch nur in Zweifel gezogen werde. Alle diese internationalen Akte würden also von diesem Augenblick an der Revision unterliegen.

Letzte Nachrichten

Der Wehretat im Haushaltsausschuß

Keine sozialdemokratischen Anträge

W.D. Berlin, 10. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstags begann am heutigen Dienstag die Einzelberatung des Haushalts des Wehrministeriums. Die Sozialdemokraten haben auf jede Antragsstellung verzichtet. Es ist daher die unveränderte Annahme des Etats im Ausschuß zu erwarten. Es liegen überhaupt nur von den Kommunisten Anträge vor, die allerdings ein umfangreiches Streichungsprogramm eingebracht haben, das für Heer und Marine nicht weniger als 250 Einzelanträge umfaßt. Hierzu kommen noch etwa 50 Entschärfungen, die von den Kommunisten beantragt sind.

Zu Beginn der Einzelberatung wurde ein kommunistischer Antrag, die Übertragbarkeit der Etatsmittel nicht zuzulassen, gegen die Antragsteller abgelehnt, desgleichen ein kommunistischer Antrag auf Streichung des Ministergehaltes. Angenommen wurde ein Antrag, daß der Bericht des Sparkommissärs über die Prüfung der Verwaltung der Reichswehr dem Ausschuß vorgelegt werden soll. Angenommen wurde unter Zustimmung des Reichswehrministers ein Antrag, wonach Angehörigen des Reichsheeres und der Marine nicht als Ersatz für Streifen oder ausgesperrte Arbeiter verwendet werden dürfen. Abg. Dr. Leber (S.) fragte dann über die Art, wie die Einstellung des Soldatenmarchwuchses in der Reichswehr erfolge. Hierzu erklärte Reichswehrminister Dr. Gröner, daß durch ständige in vielen Fällen von ihm selbst vorgenommenen Prüfung die Garantie gegeben sei, daß sowohl der Offiziers- wie auch der Mannschaftenersatz auf unparteiische und nur die persönliche Eignung prüfende Weise geschehe.

Abg. Erings (Z.) hat darum, daß der Minister immer wieder den Truppenkommandeuren die unparteiische Auswahl des Mannschaftenersatzes ans Herz legen solle.

Angenommen wurde eine kommunistische Entschärfung, worin die Reichsregierung ersucht wird, bis spätestens zur Dritten Lesung eine spezialisierte Übersicht über die Zahl der bei der Reichswehr beschäftigten Arbeiter vorzulegen einschließlich einer Darstellung ihrer gegenwärtigen Lohnverhältnisse.

W.D. Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Zu der Rede des Reichswehrministers und zu der anschließenden Wehretat im Ausschuß schreibt die „Voss. Ztg.“: So politisch wie gestern bei der Beratung des Wehretats ist Gröner uns noch nie gekommen. Aber die jüngste Rede des französischen Kriegsministers Maginot mußte den deutschen Wehrminister auf den Plan rufen. Auch die „D.Z.“ bezeichnet die Einheitsfront in der Abrüstungsfrage als begrüßenswert. Es lasse sich nicht mehr leugnen und nicht mehr aus der Welt schaffen, daß beispielsweise auch die Sozialdemokratie sich mit der Wehrpolitik als Ganzem einverstanden erklärt habe. Gröner habe es verstanden, auch die eigentlichen Staatsfragen in die große Linie einzufügen, keine Konfessionen auf Kosten des Landes zu machen. Der „Tag“ stellt in den Vordergrund, daß über allen anderen Erwägungen für Deutschland die Gewährleistung der deutschen Sicherheit stehen müsse. Wie die Dinge heute lägen, bedeute die Waffenlosigkeit Deutschlands im Herzen Europas nur einen Anreiz zu neuen Kriegen.

Zollvorlage im Reichsrat

W.D. Berlin, 10. März. (Tel.) Nachdem der Reichsrat am Montag die Osthilfe verabschiedet hat, werden die Ausschüsse morgen sofort mit der Beratung der Zollnovelle beginnen. Gleichzeitig wird auch über die Reichstagsbeschlüsse über Gefrierfleisch-Einfuhr und Brotgetreide beraten werden. Die Lenartikulation des Reichsrats, in der diese Dinge gemeinsam erörtert werden sollen, ist bereits für Donnerstag nachmittags einkommen worden.

Vor der Veröffentlichung der Flottenvereinbarungen

W.D. London, 10. März. (Tel.) Den Blättern zufolge werden die englisch-französisch-italienischen Flottenvereinbarungen morgen in Form eines Auszuges veröffentlicht werden. Nachmittags wird der Erste Lord der Admiralität bei Erörterung des Marineetat mit Unterkaufserklärungen dazu geben.

Kürzung der Beamtengehälter in Polen?

W.D. Warschau, 10. März. (Tel.) Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit einer im Senat abgegebenen Erklärung des Leiters des Finanzministeriums, Oberst Matuschewski, wonach das Defizit im laufenden Finanzjahr 1930/31 50 Millionen und im kommenden Finanzjahr ungefähr 300 Millionen Zloty betragen wird. Matuschewski kündigte an, daß er, wenn notwendig, zur teilweisen Deckung dieses Defizits die Beamtengehälter um 15 Proz. kürzen werde, was eine Ersparnis von 200 Millionen Zloty bringen würde. Die Morgenblätter vermuten, daß diese Maßnahmen am 1. Juli d. J. in Kraft treten werden.

Der Gouverneur der rumänischen Nationalbank, Burileanu, ist abgesetzt worden. Die Nationalbank hatte gegen die Bestellung eines französischen kontrollierenden Sachverständigen protestiert.

*Rußlands Außenpolitik

Wenn Rußland außenpolitisch seit dem Weltkriege auch nicht mehr die große Rolle spielt, wie seinerzeit unter dem Regiment der Jaren, so ist doch der kulturelle, der geistige Einfluß, den das neue Rußland als Verförperung des Volksweltismus ausübt, um so bedeutender. Und neuerdings ist infolge des Fünf-Jahres-Plans auch das Gewicht, das Rußland wirtschaftlich in die Waagschale zu werfen hat, gestiegen. Wäre das Zutrauen zu der inneren Festigkeit des Sowjetregimes größer, so würde auch das politische und diplomatische Ansehen Rußlands sehr bald wieder den alten Umfang erreichen.

Aber einstweilen hat in den Augen des europäischen Betrachters all das, was sich in Rußland abspielt, doch in erster Linie den Wert eines Experimentes. Man kann die Größe dieses Experimentes bewundern — und zwar auch dann bewundern, wenn man die kulturellen und politischen Voraussetzungen desselben verwirft —, aber ein Experiment ist und bleibt eben ein Wagnis, ein Versuch; es kann gut ausfallen, es kann aber auch schlecht enden. Zunächst spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß es schlecht enden wird. Auch der Fünf-Jahres-Plan selbst ist ja ein solches Experiment. Zweifellos wird er, wie wir schon neulich an dieser Stelle ausführten, den übrigen europäischen Staaten Schwierigkeiten bereiten. Aber ob er überhaupt so verwirklicht werden kann, wie sich seine Urheber das vorstellen, ob er nicht vielmehr gerade zu einer weiteren Unterhöhlung der politischen Machtstellung des Sowjetregimes führen wird, das ist eine andere Frage.

Genau so schwankend ist die Beurteilung der militärischen Schlagkraft Rußlands. Zunächst sind die Entfernungen, die von russischen Heeren zu überwinden wären, so groß, und das Transportwesen in Rußland so wenig zuverlässig und geordnet, daß man den Wert russischer Mittelhilfe dort, wo diese Hilfe unter Umständen in Erscheinung treten könnte, nicht so hoch veranschlagen darf. Was Deutschland betrifft, so würde es wohl bei einem jeden Kriege, den Rußland mit einer europäischen Macht führt, als Hauptkriegsschauplatz in Betracht zu kommen haben. Und schon alleine das ist eine Vorstellung, die der deutschen Außenpolitik Reserve aufserlegt.

Um so erfreulicher ist es, daß trotzdem der Vorjüngende des Rates der Volkskommissare, Herr Molotow, dieser Tage auf dem allrussischen Rätekongreß in Moskau die russischen Beziehungen zum Deutschen Reich als recht zufriedenstellend bezeichnet hat. Er hat gesagt, daß die Beziehungen zu Deutschland in den Jahren 1929 und 1930 nicht die besten gewesen seien, daß sie sich seitdem aber sehr gebessert hätten, und daß man heute vor einer Erweiterung dieser Beziehungen stehe. Die „deutsch-russische Freundschaft“ sei nicht nur im Interesse der beiden Völker, sondern auch im Interesse des Friedens notwendig.

Die von Molotow erwähnte Erweiterung der deutsch-russischen Beziehungen spielt sich auf wirtschaftlichem Gebiet ab. Ganz planmäßig soll unsere Wirtschaft mehr für Osteuropa und Südosteuropa interessiert werden. Die Reise der deutschen Industriellen nach Rußland steht natürlich im Dienst dieser Pläne. Was dabei herauskommen wird, muß abgewartet werden. Zunächst bedeutet die Durchführung des Fünf-Jahres-Plans auch für uns die Gefahr eines Dumpings. Und, ob sich aus der wirtschaftlichen Annäherung eine politische ergibt, muß solange zweifelhaft bleiben, als der russische Kommunismus den deutschen Kommunismus finanziert und beherrscht.

Es wäre gewiß sehr schön, wenn Deutschland durch das Zustandekommen eines großen Bündnisystems Frankreich gegenüber freiere Hand bekommen könnte. Es wäre sehr schön, wenn der französische Einfluß durch dieses Bündnisystem, das dann mindestens Rußland, Italien, Deutschland, Ungarn, Bulgarien und die Türkei umfassen würde, paralytisiert werden könnte. Aber noch ist es lange nicht so weit. Noch gibt es große Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen.

Rußland selbst scheint, wie aus der Rede Molotows hervorgeht, die Bildung eines solchen Bündnisystems zu pouffieren. Molotow hat die Beziehungen zu Italien als „sehr herzlich“ und die Beziehungen zur Türkei als „sehr freundschaftlich“ charakterisiert. Um so stärker muß es wirken, wenn er im gleichen Atemzug die Beziehungen zu Frankreich „sehr getrübt“ nennt und Frankreich „schlecht-hin als „das Haupt des politischen Kampfes gegen Sowjetrußland“ hinstellt. Auch das Verhältnis zu England und Amerika sei gestört. Und, was Polen betrifft, so habe

dieses Land „noch nicht verstanden, gute Beziehungen zu dem sowjetrussischen Staat anzuknüpfen“.

Wer hier zwischen den Zeilen zu lesen vermag, der merkt sofort, worauf die russische Außenpolitik ausgeht: Um Frankreich treffen zu können, um sich gegen England und Amerika behaupten zu können, sollen die übrigen Mächte, sofern sie nicht französische Schutzmächte sind oder streng neutral bleiben müssen, als Bundesgenossen Rußlands gewonnen werden.

Deutschland hat alle Veranlassung, solche Bestrebungen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. Sie sind sehr wichtig, da sie zumal im Hinblick auf die kommende Abrüstungskonferenz zum Nutzen Deutschlands ausgewertet werden können. Der deutsche Reichswehrminister Gröner hat gestern im Reichstag sehr richtig betont, daß Deutschland denselben Anspruch auf Sicherheit habe wie Frankreich. Er hat das getan in einer Rede, in welcher er Herrn Maginot auf seine merkwürdigen Ausführungen in der französischen Kammer erwiderte. Frankreich wird — darüber besteht für uns gar kein Zweifel — nur dann Vernunft annehmen, und nur dann die militärische und politische Gleichberechtigung Deutschlands anerkennen, wenn es sich einem sehr starken Druck ausgesetzt sieht. Inwiefern die russische Außenpolitik bei der Erzeugung dieses Druckes eine Rolle spielen wird, das kann heute niemand sagen. Immerhin ist Rußland ein Faktor, der nicht ignoriert werden darf. Und auch Frankreich wird ihn nicht ohne Schaden ignorieren können.

Die Auslandsreise der deutschen Industriellen

Die in Moskau geführten Besprechungen, die der Befestigung der den Wirtschaftsverkehr klärenden Geminnisse und der Ermöglichung über weitere Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen dienen, haben — wie nun mitgeteilt wird — zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt. Am beiderseitigen Einverständnis wurde festgestellt, daß eine möglichst weitgehende Stabilität in den Wirtschaftsbeziehungen beider Länder die beste Grundlage für einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen biete und auf diese Weise die Kontingente der Lieferungen sicherzustellen und dabei doch jedem Unternehmen für seine Geschäftsbeziehungen genügend Spielraum zu lassen, daß ein den wirklichen Bedürfnissen angepaßtes Programm zur Ausführung kommen könne. Beide Teile haben sich dabei über die Durchführung des Zusatzprogramms von Bestellungen geeinigt, die von der Sowjetindustrie in kürzester Zeit nach Deutschland gehen sollen.

Berliner Reise des Generalsekretärs des Völkerbundes

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, beabsichtigt, in nächster Zeit im Laufe einer Informationsreise, die ihn in einige europäische Hauptstädte führen wird, den zuständigen Stellen in Berlin einen Besuch zu machen. Sir Eric Drummond reist zunächst am Mittwoch nach London. Im Anschluß daran begibt er sich nach Paris, wo er am 24. März in seiner Eigenschaft als Sekretär des Studienkomitees für die europäische Union an den Beratungen des Organisationsausschusses dieses Komitees teilnimmt. Nach Österreich ist ein Besuch in Rom und Berlin vorgesehen. Die Besuche in den Hauptstädten dürften dem Wunsch des Generalsekretärs entsprechen, die Fragen, die die nächste Tagung des Völkerbundes und des Studienkomitees für die europäische Union im Mai beschäftigen werden, zu besprechen und sich auch über die Stimmungen in der Abrüstungsfrage zu unterrichten.

„Moderne Maler aus China und Japan“ in Mannheim. Diese in Europa zum ersten Male, bisher nur in der Wiener und Berliner Sezession, sowie im Kunstverein Kassel gezeigte Schau umfaßt etwa 100 Werke von in China und Japan schaffenden ersten Meistern dieser Länder. Sie hat überall außerordentliches Aufsehen erregt und wird von Mannheim wieder nach dem Ausland gehen. Die Ausstellung im Mannheimer Kunstverein dauert vom 8. März bis 6. April und ist täglich von 10-1 und 3-5 Uhr geöffnet.

Heidelberg Professoren für Dehn. Zum Fall Dehn, der seinerzeit in der Presse stark erörtert wurde, hat neuerdings nochmals der Große Senat der Universität Heidelberg Stellung genommen. Auf Grund dieser Erörterung haben 27 Professoren an Dehn, der inzwischen zum Professor in Halle ernannt worden ist, eine Erklärung gerichtet, in der es heißt, daß sie davon überzeugt seien, daß keine ausreichenden Gründe für eine Zurücknahme der Berufung vorgelegen hätten, und daß sie es bedauerten, daß die ganze Persönlichkeit Dehns in der Öffentlichkeit bloßgestellt, und daß bei der Berufung nicht in der sonst üblichen Weise verfahren worden sei.

60 Jahre Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Im Saal der Lessing-Hochschule in Berlin feierte die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger am Sonntag im kleinen Kreise ihr 60jähriges Bestehen. Der Einladung der Ortsverbände war u. a. der preussische Minister des Innern, Seering, gefolgt. Zahlreiche Vertreter künstlerischer Organisationen überbrachten ihre Glückwünsche.

Ein deutscher Rundfunkvortrag Sven Hedins. Sven Hedins wird seinen kurzen Aufenthalt in Europa dazu benutzen, von Stockholm aus einen deutschen Vortrag über seine neue Asienexpedition, wohl die größte, die je in Asien unternommen wurde, zu halten. Der Vortrag, den, wie der Verlag Brockhaus mitteilt, alle deutschen und österreichischen Sender wohl mit keiner Ausnahme übertragen werden, findet am 19. März in der Zeit von 19 bis 19.30 Uhr statt.

Auch in Stralsburg Verhinderungsverläufe der Weingartnerkonzerte. Zu der Verhinderung der Weingartnerkonzerte in Paris kann mitgeteilt werden, daß vor einigen Wochen, als Weingartner in Stralsburg ein Konzert dirigierte, ebenfalls Verläufe unternommen wurden, sein Auftreten zu verhindern. Diese Verläufe gingen von der Präfektur aus und sind daran gescheitert, daß die Stadtverwaltung als Veranstalterin des Konzerts es ablehnte, einen Schritt gegen Weingartner zu unternehmen, und es der Präfektur überließ, den Dirigenten unter eigener Verantwortung von Stralsburg fernzuhalten. Diese Verantwortung wollte dann die Präfektur anscheinend nicht übernehmen, denn das Konzert hat unter starker Beteiligung stattgefunden und nicht nur ohne die befürchteten Zwischenfälle, denen das Polizeiverbot angeblich vorbeugen sollte, sondern mit mächtigen Guldignamstunungen für den Künstler geadet.

Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen

Aus einer Aufstellung der „Berliner Wirtschaftsberichte“ ergibt sich, daß im Jahre 1925 in Berlin nicht weniger als 101 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen gezählt wurden, die ein Heer von 107 955 Personen beschäftigen. Von diesen 101 Unternehmungen waren 71 unter allen Umständen als öffentliche anzusehen, denn ihr Kapital befand sich zu mehr als 50 Prozent im Besitz der öffentlichen Hand. An 25 dieser Unternehmungen war das Reich ausschlaggebend beteiligt, an 29 die Gemeinden, das heißt also wohl in diesem Falle in der Regel die Stadt Berlin. Zwei Unternehmungen gehörten überwiegend deutschen Ländern und weitere sechs anderen politischen Selbstverwaltungskörpern oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. An den restlichen Unternehmungen mit überwiegend öffentlicher Kapitalbeteiligung waren verschiedene Körperschaften gemeinsam beteiligt. Endlich waren 30 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen vorhanden, deren Kapital zu mehr als der Hälfte im Privatbesitz war.

Aber die 101 gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen waren allein in Berlin gezählt. Sie stellen nur etwa den zehnten Teil aller im ganzen Deutschen Reich vorhandenen gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen dar. Allerdings beschäftigen sie fast 36 Prozent der Gesamtbelegschaft aller gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, woraus man schließen darf, daß bei gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen im ganzen Reich alles in allem etwa 300 000 Personen beschäftigt waren.

Das Reich war an rund 38 Unternehmungen gemeinwirtschaftlicher Art maßgeblich beteiligt, die insgesamt fast 30 000 Beschäftigte zählten; hiervon befanden sich allein 25 mit insgesamt 23 654 Beschäftigten in Berlin. Sie sind zum größten Teil in der „Diag“ zusammengefaßt, die u. a. Unternehmungen zur Herstellung von Stahlfachwerk, Aluminium und Aluminiumgeräten, ferner Gesellschaften der Eisenverarbeitung, des Maschinenbaues, der Elektrizitätserzeugung usw. kontrolliert. Dazu gehören so bedeutende Unternehmungen, wie die Electrowerke AG. mit einem Kapital von 90 Millionen Reichsmark, die Deutsche Industriewerke AG. mit einem Kapital von 24 Millionen Reichsmark und die Mitteldeutschen Stahlfachwerke mit einem Kapital von 20 Millionen Reichsmark.

Die Länder unterhalten zusammen 68 gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen mit einer Belegschaft von 84 164 Personen. Die größten dieser Gesellschaften sind die Preussische Bergwerks- und Hütten-AG. mit einem Kapital von 140 Millionen Reichsmark und die Preussische Elektrizitäts-AG.

Die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden befassen sich in der Hauptsache mit der Wasserversorgung und Elektrizitätserzeugung. Hierzu kommen noch zahlreiche Verkehrsunternehmungen, wie Straßenbahnen, Untergrundbahnen, Flughäfen usw., ferner Theatergesellschaften, Brennstoffgesellschaften, Ausstellungs- und Messeämter, Freibadgesellschaften sowie vor allem Bau- und Siedlungsgesellschaften.

Man erhofft hieraus, wie außerordentlich vielseitig das Betätigungsspektrum der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen ist. In gewisser Hinsicht mag wohl seit 1925 unter dem Druck mancher Mißerfolge eine Rückbildung in der Entwicklung der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen stattgefunden haben. Auf anderen Gebieten aber haben sich diese doch ausgedehnt bzw. neue Tätigkeitsgebiete sich erschlossen. Man darf gewiß das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und jede Art öffentlicher oder gemischt-wirtschaftlicher Betätigung bekämpfen. Aber zweifellos haben Reich, Länder und Gemeinden auf dem Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit häufig das Gute zu viel getan. Die Erfolge sind nicht immer befriedigend gewesen, und eine Einschränkung dieser Betätigung der öffentlichen Hand ist im Interesse der Gesamtwirtschaft unter allen Umständen zu erstreben. Nur dort, wo das Allgemeininteresse eine wirtschaftliche Betätigung des Staates oder der Gemeinden erfordert, sind die gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen am richtigen Platze, und dort werden sie bei guter kaufmännischer Leitung auch befriedigende Erfolge haben.

Das Urteil gegen die russischen Sozialdemokraten

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, verurteilte der Moskauer Gerichtshof im Prozeß gegen das Unionsbüro der Menschewisten nach 25tägiger Beratung die Angeklagten Groman, Scher, Suchanoff, Ginsburg, Jatschowski, Petunin und Fjindjenatowitsch zu je 10 Jahren Freiheitsstrafe und die übrigen 7 Angeklagten zu Freiheitsstrafen von 5 bis 8 Jahren. Der Staatsanwalt Krolenko hatte gegen die 5 Angeklagten Groman, Scher, Jatschowski, Ginsburg und Suchanow die Todesstrafe, gegen die übrigen 9 Angeklagten Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer beantragt.

Aussperrung in der bayerischen Metallindustrie. Nachdem am 6. März für die bayerische Großstadt-Metallindustrie ein Schiedsspruch gefällt worden war, der u. a. einen prozentigen Lohnabbau vorsieht, ist am Samstagabend in den Betrieben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller eine Bekanntmachung angeschlagen worden, in der es heißt, daß der Schiedsspruch den Bedürfnissen der Betriebe die notwendige Entlastung nicht in genügendem Maße gebracht habe, weshalb einstimmig die Aussperrung beschlossen wurde. Die Aussperrung trifft rund 40 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Das Lübecker Kindersterben. Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich am Montag mit einer Senatsvorlage, die den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages über die Schadenersatzansprüche der durch die Tuberkulose-Schutzimpfungen Geschädigten regelt. An Kosten sind als Folge der Impfungen dem Lübecker Staat bis Ende Januar 1931 insgesamt 172 355 M. entstanden. Der dem Parlament vorliegende Vertrag des Lübecker Staates mit den Geschädigten sieht die Einsetzung eines Schiedsgerichtes vor, das über die Entschädigungsansprüche der Eltern entscheidet.

Ausweisung eines reichsdeutschen Journalisten aus der Tschechei. Der Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ in Prag, Kornhuber, der auch für verschiedene andere deutsche Blätter schreibt, ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden. Den unmittelbaren Anlaß der Ausweisung bildete ein Artikel im „Samburger Fremdenblatt“, in welchem Kornhuber die tschechische Revolutionsgeschichte als eine Kette moralischer und finanzieller Delikte bezichtigte.

Der japanische Ministerpräsident Hamaguchi, der noch immer an den Folgen des auf ihn verübten Mordanschlags leidet, wurde am Montag vom Kaiser von Japan in Audienz empfangen und nahm damit formell seine Amtstätigkeit als Ministerpräsident wieder auf.

Ein neues Staatsgebilde in Australien. Verwaltungskörperschaften sind, wie aus Sidney gemeldet wird, aufgefördert worden, eine Tagung am 7. April zu beschließen, auf der eine Verfassung für einen „Staat New-England“ ausgearbeitet werden soll. Dieses neue Staatsgebilde soll 190 000 Quadratmeilen des nordwestlichen New-Südwales umfassen.

Der Lohnkampf der Eisenbahner

Eine Stellungnahme des Vorstandes der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner

Der Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner befaßte sich in seiner letzten Sitzung insbesondere mit dem gegenwärtigen Lohnkampf. Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß die Forderungen der Verwaltung in ihrer Art und Höhe untragbar seien.

Es sei zu berücksichtigen, daß ein großer Teil guter Handwerker durch Beschäftigung als ungelernete Arbeiter gegenüber seinem früheren Lohnsatz seit langer Zeit bereits eine Einbuße bis zu 27 Pf. pro Stunde erlitten, und diese Gruppen mit den übrigen durch Verkürzung der Arbeitszeit und Feiertagen, weitere gewaltige Einkommensvermindierungen erleiden. Außerdem sollen die Feiertage auch künftig neben einem geforderten Lohnabzug bis zu 13 Prozent für mehr als 200 000 Lohnempfänger in ungewisser Höhe beibehalten werden. Angesichts dieser Tatsache erscheint eine weitere Lohnherabsetzung gegenüber den ohnehin zu schlecht bezahlten Arbeitern, insbesondere der unteren Lohngruppen, untragbar, um so mehr, als die Reichsbahnhauptverwaltung anscheinend nicht gewillt sei, ihrerseits die auch von der Reichsregierung auf verschiedenen Gebieten geforderten Einsparungen vorzunehmen.

Die Vertreter der Tarifabteilung erhielten für die Fortsetzung der Verhandlungen am 10. März entsprechende Richtlinien, wobei sich der Vorstand die letzte Entscheidung vorbehalten hat.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Dem Reichstag ist ein Antrag der Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft zugegangen, der verschiedene Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung enthält. Vor allem wird die Aufspaltung der Arbeitslosenversicherung in Gefahrenklassen verlangt. Für die Angestellten soll darüber hinaus die Beschaffung von Ersatzlöhnen zulässig sein. (Diese Frage wird in Angelegenheiten stark diskutiert, da sie als eine erwiesene Tatsache betrachtet, daß die Angestellten zwar hohe Beiträge leisten, aber am unzureichendsten unterstützt werden.) Außerdem beschäftigt sich der Antrag mit der Zulassung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege. Er spricht sich dafür aus, daß beide Unterstützungsformen in der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zusammengefaßt und daß die Mittel von Reich, Ländern und Gemeinden aufgebracht werden sollen.

Die städtischen Wohlfahrtslasten

Wie der Reichsstadtebund durch eine besonders eingeleitete Umfrage festgestellt hat, sind in den von dieser Umfrage erfaßten mittleren und kleinen Städten mehr als zwei Drittel nicht in der Lage, das Rechnungsjahr 1930 ohne Fehlbetrag abzuschließen. Trotz Einführung der neuen Steuern wird in diesen Städten ein Fehlbetrag von durchschnittlich 11,94 M je Einwohner ungedeckt in das nächste Rechnungsjahr übernommen werden müssen. Die Fehlbeträge sind in der Hauptsache auf die Steigerung der Wohlfahrtslasten im Rechnungsjahr 1930 zurückzuführen.

Forderungen der Kleinrentner

In einer vom Reichsrentnerbund in Berlin veranstalteten großen Kundgebung, an der auch zahlreiche Vertreter aus dem Reich teilnahmen, wurde die Forderung vertreten, daß die ehemaligen Kleinrentner aus der kommunalen Fürsorge herausgenommen werden, und daß möglichst rasch von Reich wegen ein Rentnerversorgungsgesetz geschaffen wird. Die Versammlung verließ zum Teil sehr erregt. Die Redner wiesen darauf hin, daß die schlechte Finanzlage der Kommunen und Fürsorgeverbände als unvertretbar zu bezeichnen sei. Stark betont wurde auch die Tatsache, daß die Selbstmorde in den Kreisen der Kleinrentner in erschreckendem Maße zugenommen hätten.

Beim Kasseler Kommunistenprozeß kam es am Montag zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, als die angeklagten Kommunisten sich in einem Zuge unter Vorantritt einer Kapelle dem Gerichtsgebäude näherten. Die Verhinderung stellte Antrag auf Verhaftung und das Gericht setzte die Verhaftung auf heute, Dienstag, fest. Der Prozeß, bei dem bekanntlich 97 Kommunisten angeklagt sind, konnte heute, Dienstag, vormittag in aller Ruhe seinen Anfang nehmen, nachdem die 97 Angeklagten förmlich eingekerkert waren. Die Angeklagten sind zum größten Teil junge Leute im Alter von 18 bis 25 Jahren. Die meisten sind nicht vorbestraft, dagegen befinden sich unter ihnen auch verschiedene auf Vorstrafen, so ein Angeklagter, der bereits 18 Vorstrafen aufzuweisen hat.

Ein Schiedsspruch in der Lausitzer Tuchindustrie wurde für verbindlich erklärt. Er sieht u. a. eine 5prozentige Lohnkürzung vor.

Nachlassen der Schneefälle in der Schweiz

Basel, 10. März. (Tel.) Im Laufe des heutigen Vormittags haben die starken Schneefälle in der Schweiz nachgelassen. Im Südwesten des Landes fällt Regen. Die Temperaturen liegen im Mittel zwischen 4 und 5 Grad unter Null. Die tiefsten Lagen in der Nordschweiz haben eine durchschnittliche Schneedecke von 50 Zentimeter.

Kleine Chronik

In Wien hat ein 46jähriger Kanalarbeiter namens Alibi die Aufwartefrau Alibi erschlagen und zerstückelt. Alibi gibt an, er habe die Tat verübt, weil die Aufwartefrau, die mit ihm in Untermiete wohnte, ihm ihre Gunst versagt habe, nachdem er mit ihr in einem Gasthause gewesen sei.

Als in Rudolfsburg der 55jährige Polizeioberwachmeister Holz ein Restaurant betrat, da dieses trotz Ablaufs der Polizeistunde noch nicht geschlossen hatte, gab ein Gast mehrere Revolverschläge ab, die den Polizeibeamten und die Wirtin in die Brust trafen. Beide starben kurz darauf. Der Täter verwundete sich dann durch einen Schuß schwer.

In London setzte am Montag der härteste Schneefall des Winters ein. Die Landstraßen in der Umgebung sind vollkommen verkehrt. In Mittel- und Nordengland liegt der Schnee stellenweise 2 Meter hoch. Im Kanal wurde die Schifffahrt durch das dicke Schneegestöber lahmgelegt. In Dover, Folkestone, Brighton, Eastbourne und anderen Häfen herrscht der schlimmste Schneesturm seit Jahren. Folkestone meldet die furchtbare Sturmflut, die je beobachtet wurde.

Infolge eines Wirtelsturms, der während der letzten drei Tage auf der Insel Mauritius große Verheerungen angerichtet hat, sind schätzungsweise 10 000 Menschen obdachlos. Es herrscht Mangel an Lebensmitteln.

